

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 55 (1963)

Heft: 2

Artikel: Gewerkschaftskongress ohne Sensationen : der Weg der britischen Gewerkschaften

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354065>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftskongreß ohne Sensationen

Der Weg der britischen Gewerkschaften

Nach zwei Richtungen hat der letztjährige Kongreß des mehr als acht Millionen Arbeiter und Angestellten vereinigenden Britischen Gewerkschaftsbundes – er fand, wie immer, in der ersten Septemberwoche, diesmal in Blackpool, statt – nach ernsten und sachlichen Beratungen wegweisende Beschlüsse gefaßt und in geschickter Weise verhindert, daß die Türe zu später zu fassenden verrammelt wird.

Reform des Apparates

Da ist zunächst das uralte Thema der gewerkschaftlichen Zersplitterung. Soweit nicht in den letzten Jahrzehnten Zusammenschlüsse vor sich gegangen sind, stellen die über 180 Mitgliedsverbände des Bundes alte, meist sehr bewährte Organisationen dar, die nach den verschiedensten Prinzipien aufgebaut sind – es gibt Facharbeiterverbände, Organisationen von ungelernten Arbeitern, Industrieverbände und ungezählte Zwischentypen. Sie überschneiden sich vielfach, und jedermann ist sich darüber einig, daß eine radikale Vereinfachung und Modernisierung des Organisationsnetzes eine dringende Notwendigkeit im eigenen Interesse der Gewerkschaftsbewegung ist. Aber die Schwierigkeiten tauchen sofort auf, wenn man an die praktische Verwirklichung eines allgemein als richtig anerkannten Grundsatzes gehen will. Man könnte unzählige Beispiele von Anomalien anführen, gegen deren Beseitigung trotzdem gute Gründe vorgebracht werden. So gehören die Landarbeiter von Wales seit undenklichen Zeiten dem Verband der Transport- und Allgemeinen Arbeiter an, der alle Berufskategorien organisiert, nicht dem Landarbeiterverband. Sie zum Uebertritt zu zwingen, geht nicht an. Aber sie werden in dem Verband, in dem sie stehen, fachgemäß betreut und haben auch selbst keinen Wunsch nach einer Aenderung. Nun hat der Gewerkschaftskongreß den Vorstand (Generalrat) beauftragt, die bestehenden Möglichkeiten für eine sinngemäße Organisation zu prüfen und dem nächsten Kongreß im Herbst 1963 Reformvorschläge zu machen. Das könnte der Beginn eines gewaltigen Unterfangens sein, sagte der Generalsekretär *George Woodcock*, aber er vergaß die Warnung nicht, daß es im kommenden Jahr nur einen vorläufigen Bericht geben könne und daß man die eigentlichen Vorschläge nicht vor 1964 erwarten dürfe. Immerhin, ein Anfang ist gemacht. Doch es zeigte sich gleich, woher man Opposition erwarten muß. Der einzige, der gegen den Beschluß stimmte, war der Lokomotivführerverband mit 50 000 Mitgliedern. Er fürchtet, im Eisenbahnverband (340 000 Mitglieder) aufgehen zu müssen und damit der entsprechenden Betreuung der

Sonderinteressen der Lokomotivführer zumindest einigen Schaden zuzufügen. Hier war es immer schon schwierig, eine organisatorische Vereinfachung zu erzielen, und hier werden sich zweifelsohne auch jetzt wieder Schwierigkeiten ergeben, denn daneben gibt es auch noch den Eisenbahnbeamtenverband mit etwa 80 000 Mitgliedern, während die Werkstättenarbeiter der Staatsbahnen in verschiedenen anderen Verbänden organisiert sind.

Wirtschaftsplanung und Lohnpolitik

Der zweite der wegweisenden Beschlüsse, der ohne viel Opposition angenommen wurde, betraf den Komplex der Planwirtschaft und Lohnpolitik. Die britischen Gewerkschaften haben immer an dem Prinzip der Vertragsfreiheit festgehalten und auch nicht eine gesamtgewerkschaftliche Lohnpolitik akzeptiert. Sie haben aber deswegen Vertragsfreiheit nicht mit Anarchie verwechselt und immer ein starkes Maß von Disziplin bei Lohnforderungen an den Tag gelegt, das natürlich stärker war, solange eine das volle Vertrauen der Gewerkschaften genießende Arbeiterregierung um eine gewisse Zurückhaltung warb. Bei einer Arbeiterregierung wußten die Gewerkschaften immer, daß Opfer, die man von ihnen verlangte und die im Interesse der Allgemeinheit gebracht wurden, nicht einseitig waren und dem Aufbau von mehr sozialer Gerechtigkeit dienten. Die Gewerkschaften haben in den zurückliegenden elf Jahren, da das Land wieder von den Konservativen regiert wurde, regelmäßig ihre Bereitschaft bekundet, mit der Regierung loyal zusammenzuarbeiten. Aber die konservative Regierung hat das immer nur in dem Sinne verstanden, daß die Gewerkschaften ihr einseitig bei der Inflationsbekämpfung durch Verzicht auf Lohnforderungen helfen sollten. Für eine solche einseitige «Zusammenarbeit» waren weder der Gewerkschaftsbund noch die ihm angeschlossenen Verbände zu haben.

Die Dinge haben sich in letzter Zeit dadurch zugespitzt, daß der damalige konservative Schatzkanzler Selwyn Lloyd vor mehr als Jahresfrist mit einem Vorschlag hervortrat, in Lohnforderungen sollte eine gewisse «Pause» eintreten. Da die Gewerkschaften dort, wo Vertragsfreiheit besteht, auf solche Mahnungen nicht eingingen, hat sich die «Lohnpause» bald als Versager erwiesen. Sie konnte nur dort einigen Erfolg haben, wo der Staat direkt als Arbeitgeber auftritt, also bei den Staatsbeamten im engeren Sinne, während sich nicht einmal die von der Regierung ernannten Leitungen der nationalisierten Wirtschaft (Bergbau, Eisenbahnen) darum kümmerten. Sie ignorierten die Wünsche der Regierung nicht aus besonderer Arbeiterfreundlichkeit, sondern weil sie einsahen, daß der Betrieb mit einer ausgesprochen ungerecht behandelten Arbeiterschaft nicht existieren kann. Wie immer dem sei, die Politik

der Lohnpause mußte bald aufgegeben werden. Man verknüpfte ihr Begräbnis mit dem Gedanken, einen breit fundierten Ausschuß unter dem Titel «Rat für wirtschaftliche Entwicklung» einzusetzen, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Sachverständige vertreten sein sollten, um die Regierung in Wirtschaftsfragen zu «beraten». Daß die Regierung sich an einen solchen Rat halten müsse, wurde nirgends gesagt, und man konnte es auch nicht gut erwarten. Die Gewerkschaften standen dem neuen Gebilde voll Mißtrauen gegenüber, entschlossen sich aber dann doch, die ihnen angebotenen Plätze einzunehmen, da sie von der Erwägung ausgingen, sie müßten überall dabei sein, wo Arbeiterinteressen zur Verhandlung stehen. So begann der Entwicklungsrat seine Arbeiten, aber er ist bisher über deren Anfangsstadium nicht herausgekommen. Die Regierung Macmillan hat damit die Freude an der Sache verloren, weil sie gerne rasch Vorschläge in der Hand gehabt hätte, die auf «Mäßigung» bei Lohnforderungen drängten. Darum hat Macmillan im Zusammenhang mit der Entlassung des untragbar gewordenen Schatzkanzlers Selwyn Lloyd im Juli 1962 so beiläufig gesagt, er beabsichtige, jetzt wieder eine andere Kommission einzusetzen, die offenbar rascher arbeiten solle. Diese Körperschaft soll «Ausschuß für Einkommenspolitik» heißen, also schon durch ihren Titel zum Ausdruck bringen, daß sie auf die Löhne losgehen wolle. Nun, eine Planung im Lohnsektor ist etwas, was nicht unbedingt und unter allen Umständen zu verwerfen wäre. Aber eine Planung, die *nur* den Lohnsektor betrifft, ist für die Gewerkschaften unannehmbar. Darum lehnte der Gewerkschaftsbund eine Zusammenarbeit mit dem (noch nicht existierenden) «Ausschuß für Einkommenspolitik» rundweg ab. Daraufhin versuchte es Macmillan anders. Die Gewerkschaften mögen doch nicht nur immer nein sagen, sondern ihre Alternative für eine Planung entwickeln. Der Gewerkschaftskongreß hat jetzt beschlossen, den Fehdehandschuh aufzunehmen, obwohl er sich natürlich dessen bewußt ist, daß nur der verbindliche Pläne ausarbeiten kann, der im Besitze aller wichtigen Daten ist, also nur die Regierung. Er hat sowohl die Teilnahme gewerkschaftlicher Vertreter am «Entwicklungsrat» gebilligt, ohne sich über die Sache irgendwelche Illusionen zu machen, als auch die Ablehnung einer Beteiligung an dem Ausschuß für Einkommensfragen. Uebrigens hat er den Vorstand beauftragt, die planwirtschaftlichen Vorstellungen der Gewerkschaftsbewegung im einzelnen zu begründen – der Wirtschaftsplan der Gewerkschaften wird aber kaum schon den Kongreß von 1963 beschäftigen können, sondern dürfte erst für den Kongreß des Jahres 1964 fertig sein. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wurde in der betreffenden Resolution gleich auch der Ruf nach einer Labourregierung ausgestoßen, die allein die gewerkschaftlichen Gedankengänge in die Tat umzusetzen willens und in der Lage wäre.

Der Beitritt zum Gemeinsamen Markt

Traditionsgemäß eröffnet der Gewerkschaftskongreß im Herbst nach den Ferien jedes Jahr die neue politische Saison. Ihm folgen die Parteikonferenzen, bevor Ende Oktober das Unterhaus wieder zusammentritt. Darum kam es Anhängern und Gegnern eines britischen Beitritts zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sehr darauf an, eine in ihrem Sinne liegende Entscheidung des Kongresses zu haben, die die Stimmung im Lande hätte beeinflussen können. Der Gewerkschaftskongreß war darum auch je einer positiven und negativen Propagandakampagne ausgesetzt, konnte aber keinem der beiden Teile den gewünschten Gefallen tun. Es gab eine vielstündige, äußerst sachliche Debatte, die natürlich kaum viel Neues zu bringen vermochte. Die einen warnten vor der «kapitalistischen Verschwörung», die die EWG darstelle. Die anderen kargten nicht mit Spott, daß nur hoffnungslose Isolationisten so reden könnten. Aber die Verhandlungen in Brüssel über den britischen Beitritt waren noch nicht so weit gediehen, als daß man hätte sagen können, ob die Bedingungen für den Beitritt, die der Gewerkschaftskongreß von 1961 formuliert hatte, halbwegs erfüllt erscheinen: Bedacht-nahme auf Commonwealth, britische Landwirtschaft und EFTA. Das jetzt so hitzig diskutierte Commonwealthproblem ist in Brüssel noch nicht vollständig behandelt worden, das EFTA-Problem überhaupt noch nicht. Unter diesen Umständen blieb gar nichts anderes übrig, als einen Beschluß zu fassen, daß man mit seinem endgültigen Urteil abwarten wolle. Der Beschluß kam mit großer Mehrheit zustande.

Reinigungsprozeß bei den Elektrotechnikern

Es war ein ruhiger, von der abtretenden Vorsitzenden *Anne Godwin* ausgezeichnet geleiteter Gewerkschaftskongreß, der nur den sensationsgierigen Journalisten Enttäuschungen brachte. Ein Problem, das im Vorjahr die Gemüter erregte, kam diesmal überhaupt nicht mehr zur Sprache. Im Vorjahr stand man vor der Situation, daß ein Gericht die kommunistische Führung des Verbands der Elektrotechniker (ETU, 240 000 Mitglieder) des Wahlschwindels schuldig befunden und gebrandmarkt hatte, daß sich diese Kommunisten aber weigerten, abzutreten. Damals wurde der Vorstand neu gewählt. Um die recht passiven Mitgliedermassen auf die Beine zu bringen, mußte der Gewerkschaftskongreß zu einem drastischen Mittel greifen: er hatte den Verband von der Mitgliedschaft ausgeschlossen und zugleich gesagt, er werde sofort wieder zugelassen werden, sobald er im eigenen Haus Ordnung mache. Das ist dann sofort geschehen. Die Elektrotechniker haben den kommunistischen Wahlschwindlern eine vernichtende Niederlage bereitet, der neue Vorstand schickte sich an, Ordnung zu machen, und der Verband trat sofort wieder in seine Rechte im Gewerkschaftsbund ein. Nur

der kommunistische Präsident blieb ein Problem. Das Gericht hatte ihn zu den Wahlschwindlern gerechnet, die mit ungewerkschaftlichen und undemokratischen Methoden ein kommunistisches Regime in einem Verband aufrechterhielten, von dem höchstens 1000 Mitglieder dem kommunistischen Parteichen angehören. Der Mann weigerte sich, sein Amt aufzugeben. Es blieb nichts anderes übrig, als ihn aus dem Verband auszuschließen. Ironischerweise geschah das unter seinem Vorsitz – erst nach seinem Ausschluß geruhte er, die Sitzung zu verlassen. Aber im Verband herrscht seitdem Ruhe, und die ganze Angelegenheit wurde am Kongreß von 1962 überhaupt nicht mehr erörtert.

J. W. Brügel, London

Blick hinter den Eisernen Vorhang

Albanien

Von Titograd her passieren wir die albanische Grenze. Der jugoslawische Zöllner schüttelt den Kopf, wie er uns den Weg nach Shkoder freigibt. Er begreift nicht, was man in Albanien zu suchen hat, wo doch allmonatlich albanische Flüchtlinge in Jugoslawien um Asyl bitten. Land- und Industriearbeiter. Zu zweit, aber auch einzeln kommen sie über die gebirgige Grenze. – Die Albaner blättern eine Viertelstunde in unsern Papieren. Daß irgendwo in Mitteleuropa ein Land existiert, das Schweiz heißt, haben sie noch nicht gehört und vermögen sie nicht zu fassen. Ihr Vorgesetzter muß sie aufklären. Doch dann ist die Straße frei, Richtung Shkoder, der ersten Stadt in Albanien.

Schwer zu ermessen ist, wieviel Einwohner Shkoder hat. Es mögen etwa 30 000 bis 40 000 sein. Zwischen den neuerbauten Wohnblöcken, die mehr an Kasernen erinnern, wimmelt es von armseligen Hütten und abbruchreifen Häusern. Im ganzen Land herrscht Wohnungsnot. Drei bis vier Personen leben in einem einzigen Raum. Einzig für die Hafenstadt Durres und für Tirana trifft das neuestens nicht mehr zu, wo ein großer Teil der Unterkünfte der abgezogenen sowjetischen Marinestreitmacht in Wohnkasernen verwandelt worden sind.

Albanien ist ein bitter armes Land. Dabei verfügt es über erhebliche Bodenschätze. Der Staat Enver Hodschas besitzt sogar eigenes Erdöl. Doch die Mittel zur Ausbeutung fehlen. Sie fehlen teilweise auch zur Schürfung der Pyritvorkommen, zum Abbau der Braunkohle. Mit den primitivsten Mitteln wird das Kochsalz gewonnen.

Die Bauern fristen ein karges Leben. Ihre Anbaumethoden sind seit Jahrzehnten dieselben geblieben, daran vermochte die Kolle-